

Europäische Industriepolitik – Notwendigkeit und Wirklichkeit

von Bernd Lange¹

I Ohne Industrie nix los

In vielen ihrer Industriezweige zählt die EU zu den Weltmarktführern (z. B. Automobile, Chemie, Maschinenbau). Insbesondere in Bereichen mit hoher Wertschöpfung, geringem CO₂-Ausstoß und hochentwickelten Produkten und Dienstleistungen hält die EU im internationalen Vergleich eine Vorreiterrolle inne. Der industrielle Sektor ist auch für den europäischen Außenhandel von großer Bedeutung: Der Anteil der Industrie an den EU-Exporten beträgt 68 Prozent (2017). Die europäische Industrie stützt sich auf den weltgrößten Binnenmarkt, qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und robuste inner- und außereuropäische Wertschöpfungsketten. Allein im verarbeitenden Gewerbe ist die Wertschöpfung seit 2009 um 23 Prozent gestiegen, ihr Anteil an der Gesamtwirtschaft erhöhte sich leicht von 14,7 Prozent auf 16,1 Prozent (EU28, 2017). Die Industrie der EU bietet über 30 Millionen direkte Arbeitsplätze. Jeder Arbeitsplatz im verarbeitenden Gewerbe generiert bis zu 2,5 weitere Arbeitsplätze. Während zwischen 2009 und 2013 die Beschäftigtenzahlen in der Industrie zurückgingen, wurden seit 2013 mehr als 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze in dem Sektor geschaffen. Die hohe Bedeutung der Industrie für Europa ist also nicht zu bestreiten. Dank ihrer Schlüsselrolle für Arbeitsplätze, nachhaltiges Wachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, ist die Industrie das Rückgrat der europäischen Wirtschaft und des Wohlstands in der EU.

II Zentrale Herausforderungen

Die sehr gute Position der europäischen Industrie ist jedoch nicht in Stein gemeißelt. Tiefgreifende Veränderungen stellen den industriellen Sektor vor große Herausforderungen:

a) Vernetzte Wertschöpfungsketten und nationalistischer Protektionismus

Wir leben in Zeiten von international hochgradig vernetzten Wertschöpfungsketten. Diese verändern den traditionellen Produktionsprozess, führen dazu, dass auch Importe immer wichtiger werden und steigern die Abhängigkeit zwischen den Ländern dieser Welt – bis zu 40 Prozent der europäischen Industrieprodukte werden heute aus eingeführten Vorerzeugnissen hergestellt. Gehandelt werden überwiegend nicht mehr Fertigwaren zwischen einzelnen Staaten. Produkte überschreiten im Fertigungsprozess mehrmals die Grenzen und Produktionsnetze legen sich über viele Staaten. 70 Prozent des Außenhandels sind heute Teil von globalen Fertigungsketten. Durch die Digitalisierung der industriellen Wertschöpfungskette werden Produktion, Maschinen, Beschäftigte und Kunden noch intensiver und grenzüberschreitend miteinander vernetzt. Angesichts dieser Entwicklung müssen Wertschöpfungsketten heute stärker multilateral gestaltet werden. Gemeinsame Standards, regulatorische Kooperation, Klima- und Verbraucherschutz, Umwelt- und Arbeitsbedingungen bilden wichtige neue Gestaltungsaufgaben. Leider sehen wir uns statt in einem Zeitalter des aufgeklärten Multilateralismus in einer Phase nationaler Alleingänge und Egoismen. Donald Trumps „America first“ und sein Durchbrechen der internationalen Handelsregeln der Welthandelsorganisation untergraben jedoch einen regelbasierten Welthandel. Für die exportorientierte europäische Industrie kann dies Investitions-Stopps, rückläufige Marktanteile und Arbeitsplatzverluste bedeuten. Allein innenpolitisch motiviert und aufbauend auf der Idee, durch Druck und Drohgebärden Zugeständnisse erzwingen zu können, schafft Trump zunehmend Unsicherheit und untergräbt eine regelbasierte Handelsordnung. Dies ist nicht akzeptabel und erfährt den klaren Widerstand von Sozialdemokrat_innen. Die Geltung des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren kann

¹ Bernd Lange, MdEP, ist Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel.

die internationale Zusammenarbeit erhalten. Es ist daher unerlässlich, dass die internationale Gemeinschaft geltendes Recht sicherstellt und die Welthandelsorganisation (WTO) stabilisiert und weiterentwickelt werden muss.

b) Globaler industriepolitischer Druck

Prognosen zufolge werden 90 Prozent des Wirtschaftswachstums ab 2020 außerhalb von Europa stattfinden (2016). Industriepolitische Weichenstellungen seitens Europas Konkurrenten setzen die europäische Industrie vermehrt in den Marktsegmenten unter Druck, in denen die EU führend ist. Insbesondere „Made in China 2025“, welches auf die technologische Unabhängigkeit Chinas abzielt, spielt in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Mindestens in zehn Schlüsselsektoren soll der Durchbruch erfolgen: neue Informationstechnologien, High-End-numerische Maschinenwerkzeuge und Industrieroboter, Luft- und Raumfahrzeuge, Meerestechnik-Ausrüstung und High-End-Schiffe, High-End-Schienenverkehrstechnik, energiesparende Autos und neue Energie-Autos, elektrische Ausrüstung, Landwirtschaftsmaschinen, neue Werkstoffe, Bio-Medizin und High-End-medizinische Geräte. Es werden dabei klare Vorgaben für den Marktanteil chinesischer Firmen am Heimatmarkt gemacht. Für E-Autos heißt dies z.B. für 2020 70 Prozent und für 2025 80 Prozent. Entsprechend leiten sich konkrete Politikmaßnahmen ab, etwa in Forschung, Innovation und beim Automobil eine Quote.

Diese ehrgeizige industriepolitische Strategie stellt eine ernsthafte Konkurrenz für entwickelte Industriestaaten dar. Neben der systematischen Ausrichtung auf globales Wachstum und der Stärkung der eigenen industriellen Basis, investieren chinesische Firmen stark in der EU, um Technologielücken zu schließen. Ausländische Direktinvestitionen in der EU haben große Bedeutung für Wachstum, Beschäftigung und Innovation, können jedoch in manchen Fällen im Widerspruch mit den Interessen der EU stehen. Europäische Firmen hingegen sind in China häufig weiterhin benachteiligt. Als Antwort auf das chinesische Handeln wird oft eine harte Reaktion vorgeschlagen. Dabei werden die Ent-

wicklungsnotwendigkeiten in China und auch das eigene Defizit ausgeblendet: das Fehlen einer eigenen europäischen Industriestrategie.

c) Digitale Revolution

Der Kampf um die technologische Vorreiterrolle ist längst in vollem Gange. Auch wenn europäische Unternehmen bei der Digitalisierung und Automatisierung von Schlüsselbranchen oft Spitzenpositionen einnehmen (z.B. Weltmarktanteil von 33 Prozent in der Robotik-Branche (2017)), spielt in Europa die Daten- und Plattformwirtschaft bisher keine große Rolle. Kleine und mittlere Unternehmen, welche 99 Prozent der europäischen Unternehmen darstellen, hinken im Bereich der Digitalisierung stark hinterher. Insgesamt weist nur ein Fünftel der Unternehmen in der EU einen hohen Digitalisierungsgrad auf (2017). 35 Prozent der Arbeitskräfte fehlt es an digitalem Know-how. Im IKT-Bereich herrscht weiterhin Fachkräftemangel und während die Konkurrenten der EU verstärkt in die Modernisierung der Industrie investieren, vergrößert sich die Innovationslücke gegenüber Südkorea und Japan (2017).

d) Nachhaltigkeitserfordernisse

Jede und jeder kennt die Binsenweisheit der Notwendigkeit der Sicherung unserer ökologischen Lebensgrundlagen. Es geht aber darum, konsequent die 2015 international vereinbarten Nachhaltigkeitsziele (SDGs) in Politik und Industrie zu integrieren und mit verbindlichen Durchsetzungsmechanismen zu versehen. Dies erfordert erhebliche Anstrengungen, z.B. in der Mobilitätswirtschaft oder im Energiesektor. Es liegen natürlich auch Chancen für Innovation und Wettbewerbsvorteile in diesem Ansatz. Die japanische Industrie geht hier z.B. mit einem klaren Bekenntnis und einer Selbstverpflichtung voran.

III Mängel beim industriepolitischen Handeln der Europäischen Kommission

Zur Stärkung der industriellen Basis und der Wertschöpfung der EU, zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und zum Schutz und Entwicklung der zahlreichen durch die Indus-

trie generierten Arbeitsplätze, ist eine koordinierte, kohärente und durch konkrete Maßnahmen geprägte Industriepolitik erforderlich. Das Europäische Parlament hat in der Vergangenheit wiederholt solch eine Industriestrategie eingefordert. (2011, 2016 und 2017).

Die jüngste industriepolitische Mitteilung der Europäischen Kommission „Investitionen in eine intelligente, innovative und nachhaltige Industrie. Eine neue Strategie für die Industriepolitik der EU“ vom September 2017 hat zwar nun den Anspruch, alle bestehenden horizontalen und sektorspezifischen Initiativen zu ordnen, Schwerpunkte bei Schlüsseltechnologien zu setzen, sowie einen verstärkten Dialog mit relevanten Stakeholdern zu etablieren, bleibt jedoch weiterhin deutlich hinter den Möglichkeiten einer europäisch organisierten Industriepolitik zurück. Dabei lässt Artikel 173 (2) des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) der EU-Kommission weit mehr Spielraum: Die Mitgliedstaaten konsultieren einander in Verbindung mit der Kommission und koordinieren, soweit erforderlich, ihre Maßnahmen. Die Kommission kann alle

Initiativen ergreifen, die dieser Koordinierung förderlich sind, insbesondere Initiativen, die darauf abzielen, Leitlinien und Indikatoren festzulegen, den Austausch bewährter Verfahren durchzuführen und die erforderlichen Elemente für eine regelmäßige Überwachung und Bewertung auszuarbeiten. Das Europäische Parlament wird in vollem Umfang unterrichtet.

Davon kann bisher bedauerlicherweise immer noch nicht die Rede sein. Die industriepolitische Mitteilung ist vermehrt beschreibenden Charakters und enthält eine Auflistung bestehender oder geplanter Initiativen ohne einen Rahmen zu setzen. Selbst der Ministerrat geht hier in seinen Schlussfolgerungen „Strategie für die Industriepolitik der EU“ vom März 2018 weiter. Die Mutlosigkeit der Europäischen Kommission ist alarmierend, benötigt die europäische Industrie doch insbesondere in Zeiten großer Veränderung stabile und kohärente Rahmenbedingungen und eine überzeugende Gestaltung notwendiger Transformationen. Vor allem muss es nun darum gehen, verstärkte Investitionen zu tätigen und die Innovationskraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeit-



Rosa Luxemburg. Die Biografie als Comic.

Das perfekte Buch für Sozialistisch-Neugierige ... Was Rosa Luxemburg geschrieben und vorhergesagt hat, ist heute unheimlich relevant.
John Yohe,
»Comics Bulletin«

Rosa
Die Graphic Novel über Rosa Luxemburg
Kate Evans

Kate Evans: **Rosa**
Die Graphic Novel über Rosa Luxemburg
228 Seiten | 20,00 €
ISBN 978-3-320-02355-3

Bestellen
info@dietzberlin.de
Karl Dietz Verlag Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

nehmer zu fördern. Deren breite Beteiligung, starke Gewerkschaften sowie eine ausgeweitete Mitbestimmung sind zentrale Elemente, um der Transformation unserer Arbeitswelt bestmöglich zu begegnen. Sicherlich gibt es richtige Ansätze, wie den EFSI², den Start für eine Innovationsoffensive. Er bleibt aber ohne klare strategische Ausrichtung und vom Volumen deutlich hinter den Notwendigkeiten zurück. Ökologisch und sozial notwendige und nachhaltige Projekte sind anzugehen, wie z.B. in der Energieinfrastruktur, Gebäudesanierung und Mobilitätsinfrastruktur.

Die Verknüpfung zwischen interner Industriepolitik und einer Handelspolitik mit industriepolitischer Ausrichtung bleibt rein beschreibend. Dabei unterstützt Handelspolitik eine gute Industriepolitik, Handel ist kein Selbstzweck. Eine stabile und faire Gestaltung der globalen Wertschöpfungsketten ist zentral. Leider zeichnet sich gegenwärtig kaum ab, dass man viele Fortschritte bei der Vereinbarung wichtiger Themen multilateral im Rahmen der WTO erzielen könnte. Bilaterale Handelsabkommen bleiben deshalb eine wichtige, zweitbeste Lösung, um mit Partnerländern hinsichtlich der für die industrielle Produktion wichtigen, über den aktuellen Stand der WTO hinausgehenden, Themen Vereinbarungen zu treffen. Dazu zählen Arbeitnehmerrechte und Umweltschutz genauso wie die Anerkennung internationaler Standards, z.B. die der UNECE³, und eine freiwillige Kooperation in zukünftigen Regulierungsfragen, sowie hohe Verbraucherschutzstandards. Sozialdemokrat_innen haben Instrumente in Handelsverträgen erstritten, mit denen Schritt für Schritt Arbeitsbedingungen in Drittländern verbessert werden können. Dazu gehören u.a. die Anerkennung und Umsetzung der acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation. Ebenso steht für uns außer Frage, dass zu einem fairen Handel die Einhaltung grundlegender Umweltschutzstandards und die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens in Handelsabkommen gehören. Dies fordern wir von allen Handelsabkommen.

Sie müssen nicht nur zentrale Prinzipien verankern, sondern tatsächlich durchgesetzt werden. Wir haben hierzu eine Debatte angestoßen und ein modernes Modellkapitel vorgelegt. Das Europäische Parlament hat 2017 zwei wichtige industriepolitische Gesetzgebungen zu den sog. Trade Defense Instruments (TDI) abgeschlossen. Es wurde eine Methode entwickelt, die aufdecken soll, wann Handelspartner durch künstliche Niedrigpreise unsere Industrie in einen ruinösen Wettbewerb zwingen wollen (Dumping). Zugleich wurden die Abläufe unserer Handelsschutzverfahren grundlegend modernisiert. In Zukunft können wir als EU schneller, effektiver und transparenter gegen Dumping und Subventionsmissbrauch vorgehen und für Fair Play sorgen. Besonders wichtig: Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben weltweit erstmalig dafür gesorgt, dass die Nichteinhaltung von Arbeitnehmerrechten und Umweltstandards zukünftig auch als Dumpingkriterien gelten. Ein europäischer Rahmen für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der EU ist zwischen dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat in der Verhandlung und die Verhandlungen über ein Investitionsabkommen zwischen China und der EU werden konkreter. Hier geht es darum, reziproke Bedingungen zu schaffen und insbesondere Themenfelder wie Enteignung, Inländerbehandlung, faire und gerechte Behandlung und nachhaltige Entwicklung zu behandeln.

IV Kernindustrie in Zeiten des Wandels

Die Automobilindustrie im Transformationsprozess

Der Automobilsektor bildet mit über 12 Millionen Arbeitsplätzen den Kernwirtschaftszweig der EU. Dieser befindet sich in einer nie dagewesenen Transformation, welche sich in der verstärkten Infragestellung des globalen Handels und der wachsenden internationalen Konkurrenz, aber auch in der schnellen Verschärfung des regulatorischen Rahmens und dem grundlegenden Strukturwandel durch E-Mobilität, der Digitalisierung und neuen Mobilitätskonzepten begründet. Veränderung des Antriebstrangs und Steigerung der Produktivität können zu hohen Arbeitsplatzverlusten

2 Europäische Fonds für strategische Investitionen.

3 United Nations Economic Commission for Europe (Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen).

bzw. Verlagerungen führen. Eine zukunftsorientierte Automobilindustrie ist für die EU, ihre Wertschöpfung und die zahlreichen, an den Sektor geknüpften, guten Arbeitsplätze aber unabdingbar. Hier liegen in vier Bereichen zentrale europäische Handlungsnotwendigkeiten, um Investitionen in eine nachhaltige Automobilindustrie in Europa zu sichern: Zum einen ist der Abschluss fairer bilateraler und plurilaterale Handelsabkommen von großer Bedeutung. Solche Abkommen sollten den Fokus auf den Abbau wettbewerbsverzerrender Regelungen, die Vereinbarung internationaler Standards (z.B. der UNECE) und zukunftsgerichtete Vereinbarungen (wie z.B. die gemeinsame Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und die SDGs) legen. Die Abkommen müssen sowohl die mit der Digitalisierung einhergehenden Erfordernisse (z.B. Dataflow und Datenschutz) als auch verbindliche und dursetzbare Arbeitnehmerrechte und Umweltstandards beinhalten. Ein guter Ansatz findet sich in dem sich nun in der Ratifizierung befindenden Abkommen mit Japan, in dem viele dieser Anforderungen umgesetzt wurden. Die Sozialdemokrat_innen erwarten bei der Stärkung von Arbeitnehmerrechten und beim Datenschutz noch Ergänzungen. Hinsichtlich einer umweltgerechten Transformation sind klare, langfristige, anspruchsvolle und solide politische Rahmenbedingungen für die Automobilbranche und ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unerlässlich. Sie können als internationale Treiber fungieren und Investitionen in der EU ankurbeln. Des Weiteren bilden stärkere Investitionen in Forschung und Entwicklung eine Grundvoraussetzung für den Erhalt der technologischen Führungsrolle und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der EU. In diesem Zusammenhang sind adäquate Rahmenbedingungen, die den Innovationen den Weg in den Markt ermöglichen, von wesentlicher Bedeutung. Ein weiteres zentrales Element- insbesondere in Zeiten des Wandels- stellen die Qualifizierung und Weiterbildung der europäischen Beschäftigten sowie die Einbindung der Gewerkschaften dar. Im Rahmen von veränderten Standorten und neuen Mobilitätsangeboten muss der engen Einbeziehung der Betriebsräte und Gewerkschaften höchste Priorität eingeräumt werden, um gute Arbeits-

bedingungen entlang alter und neuer Wertschöpfungsketten sicherzustellen.

Darüber hinaus ist für die Wettbewerbsfähigkeit der Automobilbranche die Entwicklung und Herstellung von Batterien eine Schlüsseltechnologie. Die EU hat bereits in der Vergangenheit Mittel für die Batterieentwicklung eingesetzt. Durch Initiativen im Bereich Forschung und Entwicklung konnten die Leistungsfähigkeit der Batterien verbessert und ihre Kosten gesenkt werden. Aber eine vollständige Batterie-Wertschöpfungskette steht noch aus. Die Zellproduktion wird derzeit vor allem durch Japan, Korea und China dominiert. Prognosen zufolge könnte der Batteriemarkt in Europa ab 2025 bis zu 250 Milliarden Euro schwer sein. Allein zur Deckung dieses Bedarfs würde die EU 10 bis 20 Giga-Firmen für die Batteriemassenerstellung benötigen. Der im Mai vorgestellte „Strategische Aktionsplan für Batterien“ ist daher zu begrüßen, darf jedoch keine Sammlung frommer Worte bleiben.

Digitalisierung und technologischer Wandel in der Industrie

Eine ungezügelt Digitalisierung kann zu großen Brüchen führen, die Gestaltung der Digitalisierung bietet hingegen viele Chancen. Im Zuge des digitalen Wandels muss für die europäische Industrie ein verlässlicher und stabiler politischer Rahmen geschaffen werden. Denn Investitionen, Aus- und Weiterbildungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie eine verstärkte Koordinierung zwischen allen relevanten Akteuren müssen stabil organisiert werden. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen müssen verstärkt in den Prozess eingebunden werden. Klare Regelungen für den innereuropäischen und grenzüberschreitenden Datenfluss, das Recht der Datennutzung und den personenbezogenen Datenschutz sind von wesentlicher Bedeutung. Ein gemeinsames europäisches Vorgehen verhindert nicht nur eine Fragmentierung des digitalen Binnenmarkts. Die EU kann und muss auch technische Standards setzen.

Unser europäisches Sozialsystem ist geprägt von Mitbestimmung und tarifvertraglichen Re-

gelingen. Die industrielle Entwicklung in Europa zeichnet sich durch die Einbindung der Ideen und Kompetenzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihrer Gewerkschaften aus. Die Digitalisierung der Industrie, welche aufgrund all der mit ihr verknüpften Veränderungen starke Verunsicherungen bei den europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit sich bringt, kann nur gelingen, wenn eine enge Einbeziehung der Gewerkschaften gewährleistet ist. Der digitale Wandel und seine Auswirkungen auf die Arbeitswelt müssen bestmöglich antizipiert, Fachkompetenzen entwickelt und Bedingungen für Gute Arbeit in den neuen Produktionskontexten sichergestellt werden. Es gilt, die Europäische Säule sozialer Rechte weiterzuentwickeln und zu stärken – wir brauchen einen sicheren Rahmen für die soziale Sicherung für jede und jeden und eine bessere Kontrolle der Einhaltung dieser Rechte. Die im Zuge des digitalen Wandels aufgeworfenen Fragen in den Bereichen Arbeitsbedingungen, Arbeitsverhältnisse und Sozialschutz verlangen dringend nach Antworten.

Darüber hinaus müssen Steuerregelungen den Entwicklungen der digitalen Wirtschaft angepasst werden. Die Regeln dürfen nicht mehr nur auf die klassischen Unternehmensformen zugeschnitten sein, sondern müssen auch den Modellen der digitalen Wirtschaft Genüge tragen. Es ist gut, dass Europa bei diesem Thema vorangeht – Steuergerechtigkeit muss endlich auch bei Digitalunternehmen herrschen.

Aufgrund der Korrelation von Marktmacht und Datenbesitz (z.B. Facebook, Google) muss sichergestellt werden, dass genug offene Infrastruktur für kleine und mittlere Unternehmen besteht. Eins ist klar: Das europäische Wettbewerbsrecht muss vor dem Hintergrund der veränderten wirtschaftlichen Strukturen angepasst werden und auch im digitalen Bereich konsequente Durchsetzung finden. Gut und richtig ist, dass die Europäische Kommission gegen Google wegen rechtswidriger Praktiken zur Stärkung seiner marktbeherrschenden Stellung vorgegangen ist. Es darf nicht sein, dass der Wettbewerb beeinträchtigt und Innovationstätigkeiten und Konkurrenzfähigkeit ausgebremst werden. Ein transparenter und

diskriminierungsfreier digitaler Binnenmarkt ist für die europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher, kleine und mittlere Unternehmen sowie Startups von immenser Bedeutung.

V Zum Schluss

Wir benötigen also dringend die richtigen Weichenstellungen. Ein koordiniertes und kohärentes industriepolitisches Vorgehen in der EU mit konkreten, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit verbindenden Maßnahmen sind unerlässlich. Dabei ist insbesondere im digitalen Zeitalter die Einbeziehung von Gewerkschaften zur Sicherung von Guter Arbeit und Qualifikationsentwicklungen unabdingbar. Zu einer europäischen Industriepolitik gehört die Entwicklung der sozialen Säule integral dazu. Weder in der Industriepolitik, noch in der EU-Politik insgesamt, ist ein Silodenken zeitgemäß. Insofern ist ein klarer Aktionsplan ganz im Sinne des Artikel 173 (2) AEUV zu fordern, der eine kohärente Industriepolitik beschreibt, Ziele bis 2030 setzt, Leitlinien formuliert, konkrete Maßnahmen vorsieht und Indikatoren zur Überprüfung einführt. So können Reindustrialisierung und Transformation angegangen werden, damit das 2012 festgeschriebene Ziel der EU, den Anteil der industriellen Wertschöpfung am BIP der EU bis 2020 auf 20 Prozent zu erhöhen, der Wirklichkeit näherkommt. ■